

**Regierung: Schubladen geräumt**

Eine ganze Latte von neuen Gesetzesprojekten deponierte Jean-Claude Juncker am Dienstag im Parlament, bevor er seine Rede zur Lage der Nation begann - ein recht offensichtlicher Weg, die Reformfreudigkeit seiner Regierung zu unterstreichen. Scheidungsreform, neues Spitzeldienstgesetz, Anpassung des Elternurlaubs, Konventionen mit der anglikanischen und der griechisch-orthodoxen Kirche, gesetzliche Regelung des Referendums: Die Abgeordneten erwarten nun ein Berg von Arbeit. Das jedoch, nachdem die Tagesordnungen in der "Chamber" mangels Stoff während Monaten künstlich aufgebläht wurden. Junckers Schachzug dürfte nämlich auch ein Kaschierungsversuch dafür sein, dass eine ganze Reihe der von der Regierung 1999 angekündigten Reformprojekte mit reichlich Verspätung eintrudeln. Eine genaue Analyse muss erst zeigen, ob bei den Entwürfen ganze Arbeit geleistet wurde, oder ob sie - mehr Schein als Sein - von Staatsrat und parlamentarischen Kommissionen intensiv bearbeitet werden müssen. Mit dem Deponieren der Gesetzestexte allein ist der Reformstau auf jeden Fall nicht aufgelöst: Einige davon dürften schon allein aufgrund ihrer Komplexität wohl kaum noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode votiert werden.

**Impfen oder nicht:****Prinzipienstreit um Geflügelpest**

Akute Gefahr auch für das Geflügel in Luxemburg, hieß es vergangene Woche. Die Viruskrankheit bedrohe nach den Niederlanden, Belgien und Deutschland nun auch das Großherzogtum, teilte das Landwirtschaftsministerium mit und ergriff mehrere Vorsichtsmaßnahmen: unter anderem das Verbot von Geflügelschauen sowie der Einfuhrstopp von Lebendgeflügel und Zuchteiern aus den beiden anderen Benelux-Staaten sowie aus Nordrhein-Westfalen. Ohne amtstierärztliche Gesundheitsatteste ginge schon gar nichts, so die luxemburgische Behörde. Bis jetzt blieb das Land von der Geflügelpest verschont. Das staatliche Veterinärsamt unternahm nach eigenen Angaben in ungefähr 15 Betrieben Kontrollen. Dabei wurde bei den Tieren Blutproben entnommen. Die Ergebnisse der Analysen stünden noch aus, sagte Roger Schmit vom Veterinärsamt gegenüber der wox.

Unterdessen gilt in der gesamten EU ein generelles Impfverbot für erkrankte Tiere. Dies wird vor allem damit begründet, dass infizierte Tiere nicht mehr von geimpften Tieren zu unterscheiden wären, da sich bei beiden Antikörper bildeten. Derweil fordert der deutsche Bauernpräsident eine Abkehr von dem Prinzip des Impfverbots: "Impfen statt Töten wäre sinnvoll", sagte Gerd Sonnleitner unlängst in einem Zeitungsinterview.

**Wende in der US-Nukleardoktrin**

Donald Rumsfeld geht auf Rekordjagd: Der US-Verteidigungsminister will 380 Milliarden Dollar für den Haushalt 2004. Um dies durch den Kongress zu bringen, verweist er auf die "erfolgreichen" Kriege der USA in Afghanistan und im Irak. Hinzu kommen weitere 19 Milliarden für die Atomwaffen, die vom Energieministerium betreut werden. Das Budget soll damit den Rekordverteidigungshaushalt vom vergangenen Jahr um 15 Milliarden überschreiten.

Das Verbot zur Entwicklung kleiner Atomwaffen, so genannter "Mini-Nukes", wurde vom Washingtoner Senat bereits aufgehoben. Die vor rund zehn Jahren eingeführte Sperre hatte sich auf Nuklearwaffen mit einer Stärke von bis zu fünf Kilotonnen TNT bezogen. Das Repräsentantenhaus sollte anschließend einen ähnlichen Beschluss fassen. Die Aufhebung des Verbots von "Mini-Nukes" bedeutet eine Neuorientierung der amerikanischen Nuklearpolitik: Statt auf Abschreckung wie zu Zeiten des Kalten Krieges setzt die US-Regierung nun auf die Entwicklung kleiner taktischer Nuklearwaffen. Kommt der Beschluss durch, würde dies auch die Wiederaufnahme unterirdischer Atomtests bedeuten. Diese hatten die USA vor elf Jahren ausgesetzt.

**MIGRATION****Keine Abweichung vom Kurs**

**Die zahlreichen Appelle für eine veränderte Zuwanderungspolitik bleiben bislang ohne Erfolg. Daran änderte auch die Menschenkette am vergangenen Wochenende nichts.**

(sk) - Justizminister Luc Frieden hat es vergangenen Samstag noch einmal unmissverständlich klar gestellt: Eine Regularisierung abgelehnter AsylbewerberInnen komme nicht in Frage, sagte der CSV-Politiker im RTL-Radio.

Genau dies wollten die rund 1.000 Frauen, Männer und Kinder aber nicht wahrhaben. Sie bildeten am selben Tag eine Menschenkette, die vom Arbeitsministerium "Rousegärtchen" bis zum Justizministerium reichte. Zahlreiche luxemburgische Nichtregierungsorganisationen, aber auch Parteien und Gewerkschaften hatten zu der Demonstration aufgerufen. Ihre Forderung: eine Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis für all diejenigen, die sich bereits 30 Monate lang in Luxemburg aufhalten. In einem offenen Brief an Premierminister Jean-Claude Juncker heißt es zudem: "Die EU-Direktive sieht die Erteilung einer Arbeitsgenehmigung nach zwölf Monaten vor. Wir bitten um eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung nach 30 Monaten." Zu den UnterzeichnerInnen gehören unter anderem Asti-Präsident Serge Kollwelter und OGBL-Chef John Castegnaro.

"30 mois=légal", Aufenthaltsgenehmigungen für Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter als Alternative zum Monate langen Ausharren in existenzieller Unsicherheit und Angst vor Abschiebung - die Unterstützerinnen der abgelehnten Asylbe-

werberInnen und so genannten Illegalen fordern von der Regierung Taten. Und sie haben zahlreiche Argumente parat: pragmatische wie das zeitweise außer Kraft gesetzte Arbeitskraft-Abkommen zwischen Luxemburg und Jugoslawien und der Arbeitskräftebedarf im Großherzogtum; humanitäre wie die fehlende Perspektive der betroffenen Menschen in ihren Heimatländern. Die Reihe der Demonstrationen unter dem Motto "30 mois = légal" will die Asti heute um 14.30 Uhr vor dem Büro des Premierministers fortsetzen. Denn dieser sei, so die Asti, bisher eine Antwort schuldig geblieben.

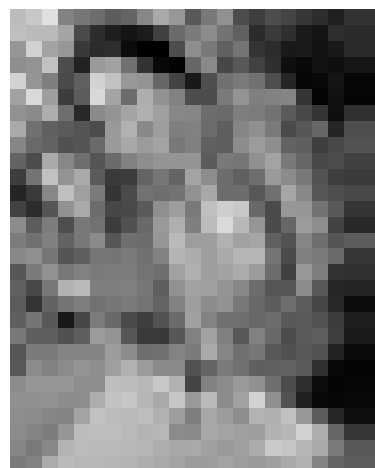
Unter den DemonstrantInnen bildeten die abgelehnten AsylbewerberInnen aus Montenegro die große Mehrheit, die mit ihnen solidarischen LuxemburgerInnen blieben hingegen eine Minorität. Bei einer Umfrage im Januar hatten sich nur 39 Prozent der wahlberechtigten LuxemburgerInnen für eine Integration der ehemaligen Flüchtlinge ausgesprochen. Nicht zuletzt dadurch fühlt sich Minister Frieden bestätigt darin, seinen Kurs des Null-Kompromisses fortzuführen: Sollen sie doch demonstrieren, die AktivistInnen und "Illegalen".

Frieden versucht, den Anschein zu erwecken, als sei das Problem längst gelöst. Von wegen, hallt es da von Seiten der Caritas. Deren Flüchtlingshilfs-

werk wird ihr Büro für die freiwillig ins ex-jugoslawische Montenegro zurückgekehrten schließen. Aufgegeben hat sie die Diskussion um die von der Abschiebung bedrohten ehemaligen Jugoslawien-Flüchtlinge deshalb noch nicht. Angesichts immer neuer Asylanträge aus dieser Region werde das Problem immer größer, erklärt Caritas-Präsident Erny Gillen. Der katholische Moraltheologe ist sich sicher: Um eine öffentliche Diskussion des Problems komme man nicht herum. Es müssten eindeutige politische Kriterien für den Verbleib der Asylsuchenden gefunden werden, die bei der vergangenen Regularisierungswelle nicht berücksichtigt wurden, so Gillen. In der Position des luxemburgischen Caritas-Chefs ist ein Kompromissvorschlag impliziert: Entweder baldige Abschiebung oder Regularisierung.

Gillen nennt Kriterien, die berücksichtigt werden müssten: Fall-zu-Fall-Bewertungen; Familien, die seit drei Jahren im Land leben, sollen in die luxemburgische Gesellschaft integriert werden; Einzelpersonen, die schon seit fünf Jahren hier sind, sollen das gleiche Recht darauf haben, sofern sie nicht straffällig geworden sind; Härtefallregelungen; Berücksichtigung der Situation des jeweiligen Herkunftslandes.

"Anreize" solcher Art will der Justizminister vermeiden und warnt regelmäßig vor einem Domino-Effekt. "Es gibt viele Länder, die ärmer als Jugoslawien sind", entgegnete er im vergangenen Herbst Hinweisen auf die prekäre Situation in Montenegro. Von seinem Kurs ist Frieden bis heute nicht abgewichen.

**HEROINSUCHT****Meilenweit für Methadon**

**Zentral, dezentral, egal? Nicht in Sachen Drogensubstitution. Die Pilgerfahrten Heroinsüchtiger, die an Methadonprogrammen teilnehmen, könnten durch das neue Angebot in Esch reduziert werden.**

(rw) -Obwohl die "Jugend- an Drogenhölle" (JDH) vor 14 Jahren in Esch ihre Arbeit begann, hat die Organisation in der Stadt bislang kein Methadonprogramm betrieben. Im Gegensatz zur Dienststelle in der Hauptstadt wurden in der Escher "Porte ouverte" bislang vor allem Beratung, Essen und Duschmöglichkeiten für Drogensüchtige angeboten. Dass das von der JDH geleitete Methadonprogramm nun erst nach Esch ausgeweitet wird, erklärte Claude Weydert, Präsident der gleichnamigen Stiftung, bei der Vorstellung des neuen Programms am Mittwoch mit den neuen Möglichkeiten, die durch die Gewährung von fünf zusätzlichen Posten von Seiten des Gesundheitsministeriums entstanden.

Die JDH hat seit jeher einen Akzent auf die Dezentralisierung der Hilfsstrukturen gesetzt. Günther Bowersi wies darauf hin, dass die Drogenszene in Esch anders funktioniert als die in der Stadt. "Es gibt in Esch keine offene Drogenszene mehr", so der Leiter der Escher Beratungsstelle. Statt Szenetreffe auf Plätzen und in Kneipen gehe der Trend verstärkt zur Abwicklung der Geschäftsverhandlungen per Handy. Streetwork macht also für die JDH hier weniger Sinn. Den Weg finden die Junkies zur Hilfsstelle trotzdem. In Esch wird deshalb verstärkt in andere Bereiche der Sozialarbeit investiert, wie etwa

betreutes Wohnen oder die Begleitung einer Elterngruppe.

Stichwort Dezentralisierung: Die meisten Hilfsangebote für Süchtige, Obdachlose oder sonst wie marginalisierte Personen gibt es immer noch in der Hauptstadt. Dabei zeigt das Beispiel Methadonprogramm, wie unadaptiert diese zentralistische Herangehensweise ist: 43 Prozent der Teilnehmenden kommen aus dem Süden des Landes. Wenn die JDH ihr Angebot in Esch verstärkt oder die "Stämm vun der Strooss" nun auch in Esch eine Niederlassung gründet, dann zeugt das davon, dass die Minnettemetropole in Hinsicht sozialer Hilfsstrukturen Nachholbedarf hat. Auch wenn die Escher Bürgermeisterin Lydia Mutsch versicherte, die neue Koalition könne sich auf eine "Tradition des sozialen Engagements" stützen, so scheint es doch auch einer politischen Erneuerung in Esch bedürftig zu haben, damit "heiklere" Projekte in Esch in Angriff genommen werden. Oder wie Regierungsvertreter Arno Bache meinte: "Für einen Politiker bringt es ein Jahr vor den Wahlen mehr, ein Kulturzentrum einzuweihen."

**Nachholbedarf im Süden**

Der Ruf nach Dezentralisierung macht jedoch auch deutlich, dass die Drogenpolitik der Regierung in den letzten Jahrzehnten an den Bedürfnissen

der Betroffenen vorbeigegangen ist. Die Unterstützung der Hilfsorganisationen bei ihren Bemühungen, auch geographisch näher an die Klientel heranzurücken, kommt reichlich spät.

Wird nun in Sachen Fixerstube der gleiche Fehler noch einmal passieren? Lydia Mutsch wies am Mittwoch darauf hin, dass die Verabreichung von Methadon nicht alle Probleme löst. Das Programm ermögliche zwar, die Lebensqualität vieler Heroinsüchtiger zu verbessern, etwa weil sie weniger auf Beschaffungskriminalität angewiesen sind um sich ihren Stoff zu besorgen. Doch die Quote jener, die sowohl auf Heroin wie auf Methadon verzichten können, liege doch recht niedrig, und die Abhängigkeit bestehe über Jahre oder Jahrzehnte weiter. Hinzu kommt jedoch, dass viele Heroinsüchtige auf Methadon nicht ansprechen. Die kontrollierte Verabreichung von Heroin - oder zumindest das Angebot einer Fixerstube - wäre deshalb nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch im Süden dringend notwendig. Zurzeit wird aber hauptsächlich über das Projekt in Hollerich diskutiert, und nicht einmal hier scheint es ein Fortkommen zu geben. Wenn Luxemburg in Richtung Fixerstuben geht, drängt sich aber gerade hier eine Dezentralisierung auf, wenn es nicht zu dem im Ausland hinlänglich bekannten Fixertourismus kommen soll. In den vier Reden, die am Mittwoch gehalten wurden, kam das Thema nicht vor.